



Die SP steht für die offene, soziale und fortschrittliche Schweiz – von 1848 bis heute!

Rede von Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

1. Am 12. September feiern wir den Sieg der demokratischen Schweiz von 1848 über die feudale Schweiz von 1291

Genossinnen und Genossen,

Die SP verkörpert wie keine andere Partei die Schweiz der Öffnung, des sozialen Ausgleichs und des Fortschritts. Als grösste Partei des progressiven Lagers sehen wir uns in der Verantwortung, die demokratische Schweiz von 1848 gegenüber der feudalen Schweiz von 1291 zu verteidigen. Darum haben wir den **12. September**, den Geburtstag der demokratischen Schweiz, als Datum ausgewählt.

Genau heute vor 167 Jahren haben visionäre Vordenker es geschafft, nach einem Bürgerkrieg drei Kulturen, 26 Einzelstaaten, zwei Konfessionen zusammenzubringen. Sie haben gewusst: Gemeinsam sind wir stärker, als wenn jeder für sich selber schaut. Sie haben gewusst: alle Interessen und Gruppierungen müssen einbezogen werden, damit ein gemeinsames Zukunftsprojekt erfolgreich sein kann. Und sie haben auch gewusst: Demokratie funktioniert nicht ohne Menschenrechte und ohne den Schutz von Minderheiten. Schön wäre, wenn sich alle Parteien hin und wieder an diese Grundsätze der demokratischen Schweiz von 1848 erinnern würden.

Die SP steht aber auch für Offenheit gegenüber unseren europäischen Nachbarn. Die ist heute, wo die SVP die Bilateralen guillotiniert und die Menschenrechte abschaffen will, wichtiger denn je. Darum die **Brücke** als verbindendes Symbol. Das Entstehen für gute Beziehungen zu Europa hält uns aber nicht davon ab, die real existierende EU für ihre schlechte Politik zu kritisieren. Sowohl im Umgang mit Griechenland wie in der aktuellen Flüchtlingskrise gibt Europa kein gutes Bild ab. Nationaler Egoismus droht wieder Überhand zu nehmen, Europa ist dabei, seine Seele zu verlieren. Und genau darum haben wir Martin Schulz eingeladen: Wie kein zweiter Europa-Politiker kritisiert er die Einzelstaaten, wenn sie ihre Sonderinteressen über das Gemeinwohl stellen. Martin Schulz steht für ein anderes Europa: Ein sozialeres, gerechteres und demokratischeres Europa.

Der dritte Pfeiler der Sozialdemokratie neben Fortschritt und Offenheit ist Solidarität respektive Gerechtigkeit. Dafür steht hier in Turgi **Alain Berset**, der als Sozialminister auf gutem Weg ist, das Jahrhundertwerk AHV, das die SP aufgebaut hat, für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Und dafür steht **Simonetta Sommaruga**, die es geschafft hat, die erste Asylreform überhaupt durchs Parlament zu bringen, die nicht auf Repression setzt, sondern die Situation der Asylsuchenden verbessert.

In diesem historischen Jubiläumsjahr ist die Vergangenheit präsent. Heute feiern wir hier in Turgi die demokratische Schweiz, morgen feiern die Nationalkonservativen in Marignano die feudale Schweiz. Doch ich zitiere den grossen Willy Brandt: *«Die Fortschreibung der Vergangenheit ergibt noch keine Zukunft»*. Darum wollen wir nach vorne schauen und die vorwärtschauende, optimistische Schweiz feiern, die sich mutig den Herausforderungen stellt, die auf sie warten. Eine Schweiz, die selbstbewusst aber nicht überheblich ist. Eine Schweiz als solidarische Familie, die auf ihre Kinder aufpasst, auch auf die schwächeren, und die neue Familienmitglieder mit Offenheit und Wärme empfängt.

2. Migration gehört zur Schweiz seit 1848

Genossinnen und Genossen,

Die Schweiz ist ein Migrationsland – und zwar seit 167 Jahren. Denn die soeben gegründete Schweiz war nach 1848 als einzige Demokratie inmitten von Monarchien ein bevorzugtes Ziel von Flüchtlingen. Revolutionäre aus Frankreich, Italien oder Deutschland flohen vor Folter und Verfolgung ins Schweizer Exil. Die Schweiz gab ihnen Schutz und nahm sie auf. Manche blieben für immer in der Schweiz, andere kehrten in ihre Heimatländer zurück, um weiter für Demokratie und die liberale Revolution zu kämpfen.

Die junge Schweiz war aber nicht nur Ziel für Einwanderer, noch viel mehr war sie Ausgangspunkt für Auswanderer. Hunderttausende von Schweizerinnen und Schweizer flohen vor Armut und Hunger auf der Suche nach einem besseren Leben. Viele von ihnen gingen nach Amerika. Und längst nicht alle Schweizer Neuankömmlinge waren gern gesehen. Vielleicht sollten jene, die heute am lautesten gegen alle Fremden hetzen, wieder einmal die Schweizer Migrationsgeschichte studieren. Und sie werden feststellen, dass die gleichen Vorurteile und Ängste, die sie den Einwanderern entgegenbringen, vor 150 Jahren auch die Schweizer Auswanderer hautnah erlebten. So zitierte die New York Times im Januar 1855 aus einer Senatsdebatte:

«Den Senatoren ist bewusst, dass mehrere europäische Staaten ihre Almosenempfänger und Kriminellen hierher schicken. (...) Gerade kürzlich hat ein Schiff eine grössere Anzahl Schweizer hergebracht, und zwar auf Kosten der Schweizer Regierung. (...) Wir haben das gute Recht, ja es ist sogar unsere Pflicht, uns gegen Laster und Verbrechen, die diese Flüchtlinge mitbringen, genauso zu schützen wie gegen Krankheit. (...) Darum ist die Zeit gekommen, die Tür für immer zu schliessen für alle Armutsflüchtlinge und für alle Kriminellen».

Und in einem anderen Artikel in der New York Times vom März 1855 stand unter dem Titel *«Noch mehr Almosenempfänger aus der Schweiz – wieder eine Schiffsladung unterwegs»* Folgendes: *«Die Schweizer Einwanderer sind mit Sicherheit keine sehr wünschenswerte Ergänzung zu unserer Bevölkerung»*.

Die Schweiz kennt sich mit Migration aus wie kaum ein zweites Land. Sie erlebt beides seit 167 Jahren: Einwanderung und Auswanderung. Hunderttausende Schweizerinnen und Schweizer haben erlebt, wie es ist, aus Armut auf der Suche nach einer besseren Zukunft die Heimat hinter sich zu lassen. Und doch gibt es immer noch Kräfte, die daran glauben, dass Egoismus und Abschottung funktionieren.

3. Mehr Ernsthaftigkeit, weniger Sauglattismus

Genossinnen und Genossen,

Wer wissen will, wozu eine Asylpolitik à la SVP führt, der soll nach Ungarn schauen. Die ungarische Regierung zieht Stacheldraht an den Grenzen hoch, missachtet die Grundrechte von Flüchtlingen und überlässt Familien mit Kindern ihrem Schicksal, sie schürt bewusst ein Klima der Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung und sie bricht willkürlich Regeln und Verträge. **Viktor Orban mag ein Vorbild für die SVP sein, aber nicht für die Asylpolitik der Schweiz!**

Selten hat sich die Radikalisierung der SVP so klar gezeigt wie in den letzten Wochen: Angesichts der grössten Flüchtlingswelle seit dem 2. Weltkrieg fordert sie, man müsse die Grenze schliessen, Zäune aufbauen und keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Sie liegt falsch! Und während in Deutschland alte Vorurteile zusammenbrechen und eine Welle der Solidarität durch die Bevölkerung geht; während das traurige Bild eines toten Jungen Europa erschüttert und wachrüttelt; während Geschichte geschrieben wird, verschlafen die Nationalkonservativen diesen Moment. Sie machen auf Sauglattismus und ersetzen die politische Auseinandersetzung durch eine Casting-Show.

Dabei brauchen wir gerade heute ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein. Wir brauchen mehr Ernsthaftigkeit. Zuerst die Schweiz mit einer unsäglichen Initiative in die Sackgasse zu manövrieren und dann im Wahlkampf auf Halligalli zu machen – mit Verlaub: Damit «verseckelt» man doch die Stimmbürger. Und dann wundern wir uns, wenn die Politikverdrossenheit zunimmt?

Wir brauchen Lösungen statt Polemik und Angstmacherei. Denn auch heute gilt noch wie 1848: Gemeinsam sind wir stärker. Also dürfen wir uns nicht abschotten. Und auch heute gilt mehr denn je: Wir müssen, wir können und wir wollen helfen, wenn 60 Millionen Menschen vor Krieg und Folter flüchten. Wir haben eine humanitäre Tradition, auf die wir gerade jetzt stolz sein müssen und die wir gerade jetzt leben müssen:

- Wir müssen unsere Migrationspolitik – und noch mehr unsere Mentalität - fundamental ändern: **Weg von Abschreckung und Abschottung, hin zu Offenheit und Integration.**
- Wir müssen uns für eine europäische Lösung einsetzen. **Darum ist richtig, dass die Schweiz Verantwortung übernimmt und sich am europäischen Verteilschlüssel beteiligt.** Und darum ist richtig, wenn sich Simonetta Sommaruga am Montag im Brüssel für eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls einsetzt.
- Wir müssen die Menschen, die für längere Zeit in der Schweiz leben, schneller und besser integrieren. Ich bin überzeugt: Integration läuft über Arbeit, **darum muss das Arbeitsverbot für Asylsuchende fallen.** Es ist widersinnig, Menschen, die arbeiten wollen, per Gesetz daran zu hindern.

Und wir müssen uns gegen alle Verschärfungen des Asylrechts wehren. Nicht nur für die betroffenen Asylsuchenden, auch für uns selbst. Niemand hat es treffender ausgedrückt als

unsere alt Bundesrätin Ruth Dreifuss vor zwei Wochen im Blick: « *Indem die Politik versucht, unser Land immer unattraktiver für andere zu machen, wird die Schweiz auch immer weniger gemütlich für uns selbst.*» Danke, Ruth, für diese klaren und wichtigen Worte.

4. Rechtsrutsch verhindern – für alle statt für wenige!

Genossinnen und Genossen,

Ihr habt das Wahlbarometer diese Woche gelesen. Journalisten, Politologen, alle sprechen nur noch vom «Rechtsrutsch». Machen wir uns nichts vor: Die Gefahr ist real. Und die SP ist die einzige Partei, die den drohenden Rechtsrutsch abwenden kann.

Die Folgen wären verheerend, denn in der nächsten Legislatur werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Nehmen wir die Altersreform 2020, das Projekt, das Alain Berset aufgegleist hat und das wir nächste Woche im Ständerat behandeln: **Legen die Rechten zu, dann sprechen wir nicht mehr über die Erhöhung der AHV-Renten, sondern über die Erhöhung des Rentenalters.** Schaut einmal auf Smartvote: Über 80 Prozent der Parlamentarier von FDP und SVP sind für das Rentenalter 67!

Nehmen wir die Energiewende: **Legen die Rechten zu, dann sprechen wir nicht mehr über Abschalttermine oder erneuerbare Energien, sondern über die Aufhebung des Neubauverbots für AKWs.** Wir kaufen den undemokratischen Autokraten am Arabischen Golf weiterhin für Milliarden ihr Öl ab anstatt das Geld im Inland zu investieren und die Schweiz zur Cleantech-Pionierin zu machen.

Nehmen wir die Unternehmenssteuerreform III: **Legen die Rechten zu, erhalten die Aktionäre und Grosskonzerne das nächste Milliardengeschenk.** Ihr könnt euch an den «Bschiss» von Hans-Ruedi Merz bei der Abstimmung über die USR II sicher noch erinnern. Wie teuer es diesmal wird, können wir höchstens erahnen.

Nehmen wir den Bundesrat: **Legen die Rechten zu, ist die Konkordanz am Ende.** Wir sind schon heute in der Minderheit. 90 Prozent der Entscheide des Bundesrats sind klar bürgerlich. Aber von Zeit zu Zeit hört der Bundesrat auf uns und trifft vernünftige Entscheidungen: Bei der Gleichstellung, bei der Energiewende oder beim Familienrecht. Mit einer SVP-/FDP-Mehrheit ist das vorbei. Dann fallen die Entscheide wieder in den Parteisekretariaten von SVP und FDP und nicht im Bundesratszimmer. Ich habe 2003 bis 2007 die unselige Ära Blocher/Merz erlebt. Nie hat der Bundesrat so viele wichtige Abstimmungen verloren wie damals. Nie war der Bundesrat zerstrittener, nie gab es mehr Intrigen und Indiskretionen. Glaubt mir: Niemand will diese Zeit zurück. Darum müssen wir zulegen und eine rechte Mehrheit im Bundesrat verhindern.

Genossinnen und Genossen,

Ich habe das Wahlbarometer aber auch mit Freude gelesen. SVP und FDP haben Millionen verschleudert. Sie haben bis Anfang August schon mehr Geld für Werbung ausgegeben als uns für die ganze Kampagne zur Verfügung steht. Und wofür? Für einen Zuwachs von «Eins-Komma-Irgendwas-Prozent». Denn wir legen auch zu in der Umfrage. Weniger zwar, aber im

Unterschied zu den Bürgerlichen beginnt unsere Kampagne erst. Sie haben ihr Pulver verschossen, wir legen erst los!

Ihr wisst, dass wir nicht das Geld für eine monatelange Inserate-Kampagne haben. Wir lassen uns nicht von der Wirtschaft oder von Oligarchen kaufen! SVP und FDP weigern sich, ihre Wahlkampfbudgets transparent zu machen. Woher das Geld kommt, sehen wir dann die nächsten vier Jahre, wenn sie im Bundeshaus ihre Geldgeber zufriedenstellen müssen und Vorlagen einreichen, von denen sie nicht mal wissen, wer sie geschrieben hat.

Die SP ist anders: «Für alle statt für wenige; pour tous, sans privilèges». **Unser Slogan ist Programm: Anständige Löhne, bezahlbare Wohnungen und bessere AHV-Renten kommen allen zugute, nicht nur ein paar wenigen.** Wir stehen ein für die Schweiz der Öffnung, des sozialen Ausgleichs und des Fortschritts. Um diese offene, soziale und fortschrittliche Schweiz zu stärken, muss die SP mehr als 20 Prozent der Stimmen gewinnen. Und ich bin überzeugt: Das schaffen wir! Denn die anderen Parteien haben zwar Millionen, aber wir haben die Menschen!

Die SP hat euch, liebe Genossinnen und Genossen. Und wir zählen auf euch in diesem Wahlkampf. Gerade weil wir die Schweiz nicht mit Plakaten und Inseraten vollkleistern können, braucht es jede und jeden einzelnen von uns. Es braucht uns auf der Strasse, am Stammtisch, im Fussballverein, auf Podien und am Telefon. Wir müssen mit den Menschen sprechen, ihnen erklären worum es geht und warum ihre Stimme wichtig ist. Nutzen wir die verbleibenden fünf Wochen dafür. **Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit 100'000 Wählerinnen und Wählern zu sprechen. Wir sind auf Kurs, aber wir kommen nur zum Ziel, wenn ihr alle mithelft.** Wir zählen auf euch, denn wir alle wollen eine offene, soziale und fortschrittliche Schweiz – eine Schweiz für alle statt für wenige.